

Kreisparteitag

Dienstag, 17. November 2015

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wahl eines Tagungspräsidiums
3. Wahl der Mandatsprüfungskommission
4. Wahl der Stimmenzählkommission
5. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Liste für die Landtagswahl 2017
6. **Schleswig-Holstein weiterdenken – Ideen für unser Land**
Rede unseres Landesvorsitzenden Ingbert Liebing, MdB
7. Bericht des Kreisvorsitzenden Dr. Johann Wadephul, MdB
8. Bericht des Schatzmeisters Daniel Günther, MdL
9. Aussprache
10. Entlastung des Vorstandes
11. Anträge
12. Schlusswort des Kreisvorsitzenden

CDU-Ortsverband Büdelsdorf

06.11.2015

Antrag

an den Kreisparteitag der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015

Der Parteitag möge beschließen:

In einem bisher nicht gekannten Ausmaß sehen sich Bund, Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland vor die Aufgabe gestellt, eine sehr hohe Zahl an Flüchtlingen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen.

Dafür haben insbesondere die Kommunen bereits jetzt schon erhebliche Kosten für die ihnen zugewiesenen Menschen zu tragen, und ein Ende des Zustroms ist nicht absehbar.

Die Haushalte der Kommunen geben zusätzliche Mittel aber in der Regel nicht her.

Um die Kommunen dauerhaft in die Lage zu versetzen, dieser Aufgabe angemessen gerecht zu werden, ohne dabei kommunale Abgaben erhöhen oder Leistungen vor Ort einschränken zu müssen, muss die Bundesregierung über die bereits zugesagten 2 Mrd. € und die ab 2016 zugesagten 670 € pro Person und Monat weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Änderungsanträge

Empfehlung Kreisvorstand

Antrag des Kreisvorstandes:

Übernahme der Zeilen 23-27 und der Zeilen 32-37 in redaktionell abgeänderter Form in den Antrag des Kreisverbandes „Flüchtlingskrise erfolgreich bewältigen“

	Änderungsanträge	Empfehlung Kreisvorstand
29 Wir bitten unseren Bundestagsabgeordneten, Herrn Dr. Johann Wadephul, 30 sich dafür einzusetzen. 31 32 Das Land Schleswig-Holstein fordern wir nachdrücklich auf, die bereits 33 gezahlten und noch folgenden Gelder des Bundes uneingeschränkt an die 34 Kommunen weiterzuleiten. Wir bitten die Landtagsabgeordneten der CDU 35 Schleswig-Holstein, den in dieser Sache bereits eingeschlagenen Kurs 36 beizubehalten und die Kommunen in Ihren Bemühungen um einen fairen 37 finanziellen Ausgleich weiterhin zu unterstützen. 38 39 40 Maike Wilken 41 Ortsvorsitzende		

	Änderungsanträge	Empfehlung Kreisvorstand
1 Antrag des Kreisvorstandes zum Kreisparteitag 2 der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015 3 4 <i>Flüchtlingskrise erfolgreich bewältigen</i> 5 Die Flüchtlingskrise stellt uns vor die größte nationale Herausforderung seit der deutschen 6 Wiedervereinigung. Bis zu einer Million Menschen werden bis Jahresende in der Hoffnung auf 7 Zuflucht, Schutz und Wohlstand zu uns nach Deutschland kommen. Nicht alle werden dauerhaft 8 hier bleiben können. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Menschen vor Ort, getragen durch 9 ein beispielloses ehrenamtliches Engagement, könnten wir diese Situation nicht bewältigen. Wir 10 wissen jedoch auch um die Ängste der Menschen, die Sorge haben, dass der unbegrenzte 11 Zustrom nach Deutschland nicht mehr zu bewältigen sein könnte. 12 Gemeinsam müssen Bund, Land und Kommunen alles in ihrer Macht Stehende tun, um unserer 13 Verantwortung gegenüber den Menschen, unseren Bürgern, wie auch den Flüchtlingen gerecht 14 zu werden. 15 Weder das Grundgesetz noch die Genfer Flüchtlingskonvention kennen eine Obergrenze für 16 Flüchtlinge. Sehr wohl sind jedoch unsere Kapazitäten vor Ort, um Flüchtlinge zu erfassen, 17 unterzubringen, zu versorgen und bei uns zu integrieren, begrenzt. Wir begrüßen daher das von 18 der Bundesregierung beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, mit dem die Anzahl 19 der sicheren Herkunftsländer um die EU-Beitrittskandidaten auf dem Balkan erweitert und 20 falsche Anreize für erfolglose Asylanträge aus diesen Ländern massiv reduziert wurden.		

	Änderungsanträge	Empfehlung Kreisvorstand
21 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive müssen ab sofort während der Dauer ihres Verfahrens in 22 der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben und bekommen überwiegend Sachleistungen statt 23 Bargeld. 24 Darüber hinaus stellt der Bund den Kommunen für dieses Jahr zwei Milliarden Euro und für das 25 kommende Jahr noch einmal 3,7 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Um 26 eine Kontrolle über die Flüchtlingsströme zu gewährleisten, werden nun Grenzkontrollen 27 durchgeführt. 28 29 Darüber hinaus fordern wir vom Bund: 30 • Ein stärkeres europäisches Engagement und neue diplomatische Initiativen zur 31 Befriedung der für die Flüchtlingsströme verantwortlichen Krisenherde. Auch eine 32 Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan steht dabei zur Diskussion. 33 • Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Stabilisierung der Krisenstaaten. 34 • Einen stärkeren Einsatz Außenminister Steinmeiers, die Drittländer der Region vor allem 35 die Golfstaaten, zu einem verantwortungsvollen Engagement für die Flüchtlinge zu 36 überzeugen, um diese von ihrer lebensgefährlichen Flucht nach Europa abzuhalten. 37 • Ein stärkeres Engagement für den Schutz der europäischen Außengrenzen. Ein Europa, 38 dessen Mitgliedstaaten sich durch Mauern und Stacheldrähten voneinander abschotten, 39 entspricht nicht unserm Bild von Europa. Gemeinsam mit der Türkei brauchen wir 40 schnellstmöglich eine Sicherung der Seegrenze mit Griechenland. 41 • Eine bessere Ausstattung der EU-Grenzschutzagentur Frontex. 42 • Eine stärkere europäische Solidarität und ein dauerhafter und verlässlicher	Antrag des JU-Kreisverbandes: Zeile 41: setze zusätzlich: sowie eine Fortführung der EU-Mission EUNAVFOR-MED.	Zustimmung

43 Verteilungsschlüssel innerhalb der Mitgliedstaaten. Dazu gehören auch gemeinsame 44 europäische Asylstandards. Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union muss sich seiner 45 Verantwortung stellen. 46 • Eine weiter verbesserte Personalausstattung des Bundesamtes für Flüchtlinge und 47 Migration sowie eine Optimierung der Prozesse und vor allem der technischen 48 Ressourcen in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit. 49 50 Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die der Bund in der Asyl- und 51 Flüchtlingspolitik Verantwortung trägt, ist vor allem das Land für die Umsetzung der 52 innenpolitischen Maßnahmen zuständig. Bisher zeigt sich die Schleswig-Holsteinische 53 Landesregierung in vielen Bereichen überfordert. 54 55 Schnellstmöglich muss die Landesregierung für ausreichende Plätze und eine angemessene 56 Versorgung bei den Erstaufnahmeeinrichtungen sorgen und endlich damit beginnen, abgelehnte 57 Asylbewerber konsequent und zügig abzuschieben. Falls für eine effektive Rückführung von 58 Personen ohne Aufenthaltsrecht erforderlich, muss die Landesregierung auch den Einsatz von 59 Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam ermöglichen. Einen pauschalen Winterabschiebestopp 60 wie in den vergangenen Jahren darf es nicht mehr geben. Vor diesem Hintergrund erachten wir 61 die Einrichtung von gesonderten Aufnahmeeinrichtungen und Ausreisezentren für 62 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive für sinnvoll. 63 64 Darüber hinaus fordern wir vom Land: 65 • Die Belastungen der Landespolizei durch die Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe 66 abzubauen und von einer weiteren Stellenreduzierung bei der Polizei abzusehen.	Änderungsanträge Antrag des JU-Kreisverbandes: setze nach Zeile 45 zusätzlich: • Eine erneute Diskussion über die Schaffung von Asylzentren an den Außengrenzen der EU, um einen Verteilungsschlüssel konsequenz durchsetzen zu können. Antrag des Kreisvorstandes: Zeile 49: Übernahme der Zeilen 23-27 aus dem Antrag des OV Büdelsdorf in angepasster Form als weiteren Spiegelstrich: • Die bereits zugesagten 2 Mrd. Euro und die ab 2016 zugesagten 670,00 Euro pro Person müssen erhöht werden, um die Kommunen dauerhaft in die Lage zu versetzen, den Aufgaben angemessen gerecht zu werden, ohne dabei kommunale Abgaben erhöhen oder Leistungen vor Ort einschränken zu müssen.	Empfehlung Kreisvorstand Zustimmung Zustimmung
--	--	--

67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 - Die Kapazitäten der Verwaltungsgerichte zu erhöhen, um zügig über die Klagen vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration abgelehnten Asylanträge entscheiden zu können. Darüber hinaus muss der Einsatz von Richtern direkt an den zu schaffenden Ausreisezentren ermöglicht werden. - Ein Förderprogramm zur Errichtung kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte aufzulegen und die bisherigen Standards für Mindest- und Maximalgrößen in Abstimmung mit den Kommunen anzupassen. - Die vom Bund für die Kommunen vorgesehen Mittel zur Flüchtlingshilfe eins zu eins an die Kommunen weiter zu geben. Das Land muss alle Kosten für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung von Flüchtlingen übernehmen. - Die Zuweisungen an die Kommunen müssen transparent, planbar und verlässlich sowie in Absprache mit den Kommunen geschehen. - Die Durchsetzung rechtstaatlicher Ordnung mittels konsequenter Registrierung der ankommenden Flüchtlinge, um der unkontrollierten Reisebewegung von Flüchtlingen durch Europa Einhaltung zu gebieten. - Voraussetzungen zu schaffen, um vorrangig diejenigen Flüchtlinge zu integrieren, die Perspektive auf ein Bleiberecht haben. Eine umfassende schulische, berufliche und soziale Integration muss von Anfang an erfolgen, um Kriminalität vorzubeugen. Für den Kreisvorstand der CDU Rendsburg-Eckernförde: Dr. Johann Wadehul, MdB	Änderungsanträge Antrag des Kreisvorstandes: Übernahme der Zeilen 32-37 aus dem Antrag des OV Büdelsdorf in angepasster Form. streiche Zeile 74-76 und setze dafür: Die bereits gezahlten und noch folgenden Gelder des Bundes uneingeschränkt an die Kommunen weiterzuleiten. Die CDU-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den in dieser Sache bereits eingeschlagenen Kurs beizubehalten und die Kommunen in Ihren Bemühungen um einen fairen finanziellen Ausgleich weiterhin zu unterstützen.	Empfehlung Kreisvorstand Zustimmung
--	--	--

1 Antrag der Senioren-Union Rendsburg-Eckernförde 2 an den Kreisparteitag der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015 3 4 Aufhebung der Altersbegrenzung für Seniorinnen und Senioren im Ehrenamt 5 6 <u>Der Kreisparteitag der CDU Rendsburg-Eckernförde möge beschließen:</u> 7 Der CDU-Kreisparteitag Rendsburg-Eckernförde bittet die schleswig-holsteinische 8 CDU-Landtagsfraktion, sich dafür einzusetzen, dass generell die Altersbegrenzung älterer 9 Bürgerinnen und Bürger, wie sie in Schleswig-Holstein seit Mai 2015 bereits für 10 kommunale Wahlbeamte aufgehoben worden ist, nun auch für Schöffen und die Aktiven in 11 den freiwilligen Feuerwehren aufgehoben wird. 12 13 Begründung 14 Das Lebensalter ist als Abgrenzungskriterium in unserer Gesellschaft grundsätzlich nicht 15 geeignet. 16 Wer mit dem sog. Ruhestandsalter aus dem Berufsleben ausscheidet, hat noch gut ein 17 Viertel seines Lebens vor sich. 18 Die starren Altersgrenzen in manchen Wahl- oder Ehrenämtern auf Landes- und 19 Bundesebene verhindern, dass ältere Menschen sich mit ihren Fähigkeiten, ihren 20 Kenntnissen und Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen können. Unsere Senioren 21 sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. 22 23 Es gilt Widersprüche im Bereich der Altersbegrenzung abzuschaffen. Bei Abgeordneten 24 spielt das Alter nach oben keine Rolle. In diesem Monat ist sogar das Gesetz über 25 kommunale Wahlbeamte vom schleswig-holsteinischen Landtag verabschiedet worden, in 26 dem es nun keine Altersbegrenzung für hauptamtliche Bürgermeister (früher 62 Jahre) 27 nach oben mehr gibt. 28 Dagegen aber ist nach gegenwärtigem Stand eine 70 Jahre alte Person für das Ehrenamt 29 einer Schöffin oder eines Schöffen trotz großer Lebenserfahrung nicht mehr geeignet. 30 Die Altersbeschränkung für Aktive in den freiwilligen Feuerwehren, nämlich 67 Jahre, gilt 31 es aus denselben Gründen ebenfalls abzuschaffen.	Änderungsanträge	Empfehlung Kreisvorstand Überweisung an Programmkommission der CDU Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2017
---	--------------------------------	--

32 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der Bundesrepublik Deutschland besagt 33 in § 1, dass Benachteiligungen aufgrund des Alters zu verhindern oder zu beseitigen sind. 34 § 1 35 <i>Ziel des Gesetzes</i> 36 <i>Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der</i> 37 <i>ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer</i> 38 <i>Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen</i> 39 40 Die Altersdiskriminierung gehört deshalb letztlich in allen gesellschaftlichen Bereichen 41 abgeschafft. 42 Die CDU Landtagsfraktion ist aufzufordern der Altersdiskriminierung durch 43 Altersbegrenzungen weiterhin entgegenzuwirken. 1 Antrag der Senioren-Union Rendsburg-Eckernförde 2 an den Kreisparteitag der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015 3 4 <u>Der CDU-Kreisparteitag RD-ECK möge beschließen:</u> 5 Die schleswig-holsteinische Bevölkerung braucht den Breitbandausbau mit Glasfaser in 6 Schleswig-Holstein JETZT! Darum fordert der CDU-Kreisparteitag die schleswig-holsteinische 7 Landesregierung auf, den Breitbandausbau in Schleswig-Holstein schneller als von ihr geplant 8 umzusetzen. Kürzere Ausschreibungswege müssen möglich und Finanzierungshilfen aufgestockt 9 werden. 10 11 Begründung 12 Glasfasernetze sind ideal, zukunftsfest und somit nachhaltig für die Breitbandversorgung der 13 Bevölkerung. Unstrittig ist das Ziel, dass jedes Haus in Schleswig-Holstein mit einem 14 Glasfaseranschluss (FTTH) versorgt werden muss.	Änderungsanträge	Votum Kreis- vorstand Zustimmung
---	--------------------------------	---

	Änderungsanträge	Votum Kreis- vorstand
15 Der von der jetzigen Landesregierung (SPD/Grüne/SSW) dafür vorgesehene Ausbau der 16 Breitbandinfrastruktur durch Glasfasernetze soll im Jahr 2025 90 % aller Haushalte und im Jahr 17 2030 100 % erfassen. Das dauert zu lange und kommt für viele zu spät. 18 Die CDU Rendsburg-Eckernförde fordert darum, den kompletten Breitbandausbau mit 19 Glasfaser an jedes Haus (FTTH) in Schleswig-Holstein zu beschleunigen. 20 Viele ländliche Gemeinden versuchen über Zweckverbände auf Amtsebene, das durch die Digitale 21 Agenda vorgegebene Ziel zu erreichen bis Ende 2017 in jedes Haus eine Datengeschwindigkeit von 22 50 Mbit/s zu bekommen. Sie haben aber Schwierigkeiten einen Betreiber zu bekommen, weil 23 ländliche Gebiete sich wirtschaftlich nicht rechnen. Es werden z.B. Bedingungen gestellt, dass sich 24 vorher 60 % der Haushalte verpflichten müssten, diese Datenmenge abzunehmen. Mittelholstein 25 z.B. ist beim ersten Anlauf gescheitert. 26 Auf dem Land fehlen in Schleswig-Holstein schnellere Internetverbindungen. Vor zehn Jahren galt 27 als „Grundversorgung“ unserer Bevölkerung eine Datengeschwindigkeit von 2 Mbit/s. Vor 5 Jahren 28 hielten politisch Verantwortliche noch 16 Mbit/s Datengeschwindigkeit für eine ideale 29 „Grundversorgung“. Heute sind alle diese Vorstellungen längst überholt. Wir brauchen 30 Höchstgeschwindigkeits-Datenautobahnen von 50 Mbit/s und mehr, um in Wissenschaft, Bildung, 31 Wirtschaft und Kultur mit anderen Bundesländern und dem Ausland mithalten zu können. Durch 32 kürzere Ausschreibungswege und finanzielle Förderung von EU, Bund, Land und Kommunen muss 33 ebenso wie durch Finanzmittel der Netzausbauer und Netzbetreiber der Bau von Glasfasernetzen 34 (FTTH) jetzt unverzüglich erfolgen, denn 35 • soll unser Land wirtschaftlich in Wissenschaft, Bildung, Kultur, Industrie, Gewerbe und 36 Tourismus wettbewerbsfähig bleiben, muss der Ausbau der Glasfasernetze jetzt ohne 37 Zeitverzögerung geschehen. 38 • sollen Schülerinnen und Schüler, Berufstätige und Ehrenamtliche ihre Aufgaben erfüllen, 39 müssen sie jetzt über schnelles Internet am Computer bei sich zu Hause verfügen können. 40 • sollen heutige Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein, die unter den 41 Bundesländern nach dem Saarland mit über 600.000 Menschen im Alter von 65 Jahren und 42 älter den höchsten Seniorenanteil an der Bevölkerung haben, noch zu ihrer Zeit das schnelle 43 Internet erleben, muss unverzüglich jetzt der komplette Ausbau mit Glasfaser geschehen. 44 Die Ausbauplan der jetzigen Landesregierung bis zum Jahr 2025 und 2030 kommen für 45 viele unter ihnen zu spät.		